

Berichte aus der Arbeit der Gesellschaft

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik –

Vorsitzender: Prof. Dr. Hans-Werner Sinn, Universität München
Stellvertr.
Vorsitzender: Prof. Dr. Arnold Picot, Universität München
Schatzmeister: Prof. Dr. Otmar Issing, Deutsche Bundesbank, Frankfurt/M.
Geschäftsführer: Dr. Ronnie Schöb, Universität München
Schriftführer: Dr. Marcel Thum, Universität München
Geschäftsstelle: c/o Lehrstuhl für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft,
Universität München, Schackstraße 4, D-80539 München,
Tel.: (089) 21 80 – 2740, Fax: (089) 39 73 03

Ausschuß für Regionaltheorie und -politik

Die Jahrestagung 1997 des Ausschusses für Regionaltheorie und -politik des Vereins für Socialpolitik fand auf Einladung des Kollegen Schöler vom 16. bis zum 18. Oktober 1997 an der Universität Potsdam statt.

Im ersten Referat widmete sich *Helmut Seitz* (Frankfurt/Oder) den Stadt-Umland-Beziehungen in Berlin und Brandenburg. Hier kumulieren sich drei Probleme, erstens die generellen Schwierigkeiten der politischen Koordination zwischen Großstadt und Umland, zweitens die speziellen Schwierigkeiten, die – wie auch in Hamburg und Bremen – aus der Trennung des Raumes in zwei Bundesländer entstehen, und drittens die anhaltende Strukturschwäche im Gebiet der früheren DDR. Diese schlägt sich in Brandenburg in einer markanten Divergenz zwischen dem prosperierenden Berliner Umland und der Stagnation in den peripheren und altindustrialisierten Regionen nieder.

Seitz kritisierte die mangelnde Haushaltsdisziplin in der Vergangenheit, die den Bewegungsspielraum für dringend erforderliche strukturpolitische Maßnahmen stark eingeschränkt hat. Als wichtiges Instrument sieht er die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur an, was er mit Korrelationen zwischen Beschäftigungsentwicklung und Verkehrserschließung im Berliner Umland zu begründen versucht. Kritisch betrachtet Seitz auch das im Berliner Umland verfolgte Konzept der dezentralen Konzentration, welches die Entwicklung auf einen Städtekranz rund um Berlin zu konzentrieren versucht. Es bleibe, so wendet er ein, leere Absicht, weil die Unternehmen die gut erreichbaren Umlandstandorte suchen und der Wunsch nach dezentraler Konzentration ohne Wirkung bleibe. In der Diskussion des Beitrages fand die einseitige Betonung der Infrastrukturförderung keine ungeteilte Unterstützung. Die vorge-

legten empirischen Ergebnisse könnten nicht zeigen, ob durch verbesserte Verkehrsanbindung neue Arbeitsplätze geschaffen oder nur deren kleinräumige Verteilung beeinflusst würde. Hinsichtlich des Konzeptes der dezentralen Konzentration wurde nach Alternativen gefragt. Auch wenn der Erfolg bescheiden sei, müsse doch angestrebt werden, daß die Entwicklung sich nicht auf den Berliner „Speckgürtel“ beschränke.

Die Diskussion dieses interessanten Themas wurde beim traditionellen Abendgespräch fortgesetzt, zu dem der Ausschuß die beiden Leiter der Gemeinsamen Landesplanung Berlin-Brandenburg, Herrn Dr. Gebhardt und Herrn Sinz, eingeladen hatte. Ihre Ausführungen machten eindringlich die gewaltigen regional- und landesplanerischen Probleme deutlich, die die rapide Suburbanisierung nach der Öffnung mit sich bringt. Die Einrichtung der Gemeinsamen Landesplanung als einer von beiden Ländern getragenen einheitlichen Behörde ist in Deutschland einmalig und hat sich sehr gut bewährt. Gemessen am Konfliktpotential war der Entscheidungsprozeß bislang vergleichsweise harmonisch. Allerdings wurde auch die Befürchtung geäußert, daß diese Konstruktion nur möglich gewesen sei, weil sie als Übergangslösung zur Ländervereinigung angesehen worden sei. Insofern sei sie nicht kopierbar. Die Diskussionssteilnehmer sahen auf lange Sicht keine Alternative zur Ländervereinigung.

Michael Fritsch (Freiberg) berichtete von den Ergebnissen einer Unternehmensbefragung, die in Sachsen und mehreren Vergleichsregionen im Rahmen eines Projektes im DFG-Schwerpunktprogramm durchgeführt wurde. Speziell ging es in seinem Vortrag um die Bedeutung von Kooperationen für die Innovationsaktivität von Industrieunternehmen und das räumliche Muster solcher Kooperationen. Die Bedeutung der geographischen Nähe für die Etablierung dieser Kooperationen hat in der neueren Literatur starke Beachtung gefunden. In den empirischen Ergebnissen bestätigt sich die Rolle der Distanz. Räumliche Nähe spielt insbesondere bei der Kooperation mit öffentlichen Forschungseinrichtungen sowie bei der Kooperation von Firmen, die untereinander nicht vertikal verbunden sind, eine Rolle. Dies unterstreicht die herausragende Bedeutung von Lokalisationsvorteilen für die regionale Entwicklung. Fritsch ging auch auf die sächsischen Besonderheiten ein. Öffentliche Forschungseinrichtungen spielen hier in der Kooperation eine größere Rolle als anderswo. Im strukturellen Umbruch sind sie Key-Players bei der Entwicklung der Netzwerke.

Die Diskussion dieses Beitrages drehte sich vornehmlich um die Ost-West-Unterschiede im Innovationsprozeß und die Schlußfolgerungen, die für die Förderung der Entwicklung in den neuen Ländern daraus zu ziehen sind.

Joachim Genosko (Ingolstadt) stellte ebenfalls auf Befragungen gestützte empirische Ergebnisse aus einem DFG-Projekt vor. Untersuchungsgegenstand waren die im Zuge der Globalisierung beobachteten Restrukturierungsprozesse in zwei Sektoren, der Automobilindustrie und der Medienwirtschaft. In der Automobilindustrie dominiert ein hierarchisches Netzwerk, das entlang der vertikalen Verflechtung verläuft. Auf dem Arbeitsmarkt sieht Genosko Tendenzen zur „Dualisierung“. Die Konzentration auf höherwertige Funktionen an den bayerischen Standorten schafft Probleme für wenig qualifizierte Beschäftigte. Die Medienwirtschaft sieht nach Genoskos Befragungsergebnissen im regionalen Arbeitsmarkt einen wesentlichen Standortfaktor. Die Strukturveränderungen in den Arbeitsbeziehungen sind in diesem Sektor besonders deutlich. Feste Arbeitsverträge werden zunehmend durch flexible Vertragsverhältnisse ersetzt. Die räumlichen Implikationen blieben allerdings offen. Telearbeit scheint sich nicht in dem Maße durchzusetzen, daß die Rolle räumlicher Führungsvorteile signifikant vermindert würde.

Joachim Möller (Regensburg) stellte die Ergebnisse einer ökonomischen Untersuchung der regionalen Beschäftigungsentwicklung in Deutschland vor. Ausgangspunkt war die in der neuen Standorttheorie wieder geäußerte Hypothese, im Zuge der weiteren Öffnung der nationalen Volkswirtschaft werde die sektorale Spezialisierung in den Regionen zunehmen. Möller setzte sich zuerst kritisch mit herkömmlichen Methoden der regionalen Strukturanalyse auseinander und schlug dann als geeignetes Prüfverfahren eine kombinierte Querschnitts-Längsschnittsanalyse mit Paneldaten vor. Er testete den Einfluß der Spezialisierung auf den Beschäftigungszuwachs in einem Ansatz, in dem für die Regions- und Zeiteffekte kontrolliert wird. Im Ergebnis zeigt sich, wie auch schon in der amerikanischen Literatur, eine deutliche Despezialisierung. Die Zuwächse sind dort kleiner, wo Branchen im Ausgangspunkt vergleichsweise hoch konzentriert sind. Die Ergebnisse wurden in der Diskussion als Hinweis darauf angesehen, daß die Dynamik und Flexibilität einer Region von einer diversifizierten Sektorstruktur befördert wird. Dieser Effekt überwiege die im Zuge der Integration theoretisch zu erwartende Spezialisierung. Auch wurde zu bedenken gegeben, daß die sektorale Klassifikation möglicherweise ablaufende Spezialisierungen verbirgt.

Konrad Lammers (Hamburg) sprach über neue Anforderungen, die an die Regionalpolitik im Zuge der Globalisierung gestellt werden. Zuerst kritisierte er, daß in der Debatte die gänzlich unterschiedlichen Probleme der Regionalpolitik und der regionalen Standortpolitik unzulässig vermischt werden. Diese befaßt sich mit Maßnahmen, die regionale Gebietskörperschaften selbst und auf eigene Rechnung zur Verbesserung ihrer Standortbedingungen ergreifen, während es bei jener um die gezielte räumliche Umverteilung von Ressourcen geht. Die Wirksamkeit der eigentlichen Regionalpolitik zur Erreichung allokativer und distributiver Ziele ist begrenzt durch die mangelnde Effizienz des staatlichen Institutionensystems und das prinzipiell unlösbare Informationsproblem. Dieses Dilemma, so Lammers, verschärft sich infolge der EU-Integration und der Globalisierung, weil der strukturelle Wandel sich beschleunigt und schlechter prognostizierbar wird. Lammers plädierte erneut dafür, für die regionalen Ausgleichsziele vornehmlich das Instrument des Finanzausgleichs zu nutzen. Regionale Förderpolitik müsse als Standortpolitik von den Regionen betrieben werden, die um die besten Konzepte konkurrieren müßten. In der Diskussion erhielten die Thesen weitgehende Zustimmung. Offen blieb, ob die in der Wachstumstheorie wieder unterstrichenen Agglomerationseffekte eine ausreichende Begründung für die Förderung regionaler Cluster liefern.

Im Abschlußreferat stellte der Gastgeber *Klaus Schöler* gemeinsam mit seinem Mitarbeiter Helge Sanner ein Partialmodell des räumlichen Preisgleichgewichts in der Tradition von Lösch, Beckmann, Greenhut und anderen vor. Während bislang in diesem Modellrahmen vorzugsweise die Fälle des Mill-Pricing, der Einheitspreise und der rein monopolistischen Preisdifferenzierung behandelt wurden, führen Schöler und Sanner in Anlehnung an Hoover räumliche Preisdifferenzierung mit Preiswettbewerb an den Rändern der jeweiligen Marktgebiete ein und studieren das Marktgleichgewicht für zweidimensionale Marktgebiete. Im Gleichgewicht zerfällt das Marktgebiet einer jeden Firma in einen inneren Bereich, in welchem die Preise monopolistisch gesetzt werden, und einen äußeren Bereich, in dem die Preise bis auf die Marginalkosten der benachbarten Firma herunter konkurriert werden. Die Autoren leiten die Formen dieser Gebiete her und vergleichen das Marktergebnis mit den Marktergebnissen, die sich bei anderen Preistechniken einstellen. Es stellt sich heraus, daß über weite Bereiche des Parameterraumes die Konsumentenrente bei dieser Form der Preisdifferenzierung höher ist als z. B. bei Mill-Pricing. Die Diskussion konzentrierte sich auf zwei Probleme, nämlich erstens auf die geeignete Vergleichs-

welt, die bei der wohlfahrtsökonomischen Auswertung heranzuziehen ist, und zweitens auf das verwendete Gleichgewichtskonzept.

Die nächste Sitzung wurde für den 15. – 17. Oktober 1998 anberaumt. Sie wird auf Einladung der Kreditanstalt für Wiederaufbau in Frankfurt am Main stattfinden.

Prof. Dr. Johannes Bröcker, Dresden

Ausschuß für Ökonometrie

Dank der Vermittlung von Prof. Dr. H. Rinne, Universität Gießen, fand die diesjährige Tagung des Ausschusses in der Zeit vom 25. bis 27. März 1998 wiederum im Schloß Rauschholzhäuser bei Marburg statt. Es nahmen 20 Mitglieder und 6 Gäste teil. Für die Sitzung war kein spezifisches Thema festgelegt. Die Vorträge umfaßten sowohl methodische als auch empirische ökonometrische Themen.

Prof. Dr. W. Härdle, Humboldt-Universität zu Berlin, sprach über „Wavelets in der Ökonometrie“. Wavelets sind eine neue Basis zur Orthogonalreihenzerlegung von Funktionen und Zeitreihen. Im Gegensatz zu Fourier-Reihen ermöglichen sie es, lokale Änderungen des Frequenzverhaltens darzustellen. Wavelets werden in der Datenkompression, der Analyse von Sprungverhalten und für nicht- und semiparametrische Strukturtests verwendet. Einfache Beispiele von Waveletbasen sind durch die „Father-“ und „Motherwavelets“ der „Haar“, „daubechies“, „symmlets“ und „coiflets“ gegeben. In empirischen Anwendungen ist es notwendig, die Koeffizienten der Wavelet-Reihe zu filtern. Dies geschieht mit Hilfe eines nichtlinearen „thresholding“. Es wurde eine Vielzahl von Anwendungen gezeigt.

Prof. Dr. H. W. Brachinger, Universität Freiburg (Schweiz), sprach zum Thema „Die Theorie hedonischer Preisindizes“. In diesem Vortrag wurde zunächst das Problem der Berücksichtigung von Qualitätsveränderungen bei Preisindizes diskutiert. Anschließend wurde das Konzept der hedonischen Preisregression als alternativer Ansatz dargestellt. Dabei wurden der hedonische Güterbegriff und verschiedene bekannte Typen von Regressionsansätzen sowie deren zugehörige impliziten Preise behandelt. Im Hauptteil dieses Vortrages wurde die statistische Theorie hedonischer Preisindizes entwickelt. Dabei wurden insbesondere die Methode der charakteristischen Preise und die Zeitvariablenmethode, welche die wichtigsten Konzepte hedonischer Preisindizes darstellen, allgemein dargelegt. Abschließend wurden diese Konzepte im Hinblick auf ihre Praktikabilität diskutiert. Dabei wurden praktische Probleme bei der Verwendung hedonischer Preisindizes erörtert, wie z. B. die Bestimmung der Qualitätsmerkmale, die laufende Erhebung dieser Merkmale, die Akzeptanz von zusätzlichen Erhebungen.

Das Thema des Vortrags von Prof. H. Uhlig, PhD, Universität Tilburg (NL), lautete: „Der Einfluß der Geldpolitik: Ein agnostischer Ansatz“. Im Rahmen des Vortrags wurde die Frage erörtert, welchen Einfluß die Geldpolitik auf reale Größen wie das Brutto-Inlandsprodukt hat. Mit Hilfe eines nicht-restringierten vektor-autoregressiven Modells wurde die Impuls-Antwort-Funktion eines geldpolitischen Schocks bestimmt. Dabei wurde der geldpolitische Schock durch die Annahmen identifiziert, daß dieser Schock nicht zum Ansteigen der Preise und der ungeborgten Reserven oder zum Fallen der Zentralbankzinsen führt. Die Ergebnisse für Monatsdaten für die USA, 1965 - 1994, lassen sich mit dem Begriff „neu-keynesiansche-neoklassische Synthese“ zusammenfassen. Obwohl die Preise träge reagieren, hatte Geldpolitik

kaum einen realen Effekt. Die Ergebnisse führten zu dem Schluß, daß Geldpolitik im Westen neutral und vorhersehbar war.

Prof. C. Schmidt, PhD, Universität Heidelberg, sprach zum Thema „Zur Messung von Lohnstruktur und Lohnkonvergenz“. In der angewandten Arbeitsmarktliteratur ist es üblich, durchschnittliche Lohnunterschiede zwischen ausgewählten Gruppen von Arbeitnehmern, beispielsweise zwischen Frauen und Männern, in zwei grundlegende Elemente zu zerlegen, von denen das erste Unterschiede in den durchschnittlichen Charakteristika der beiden Gruppen, das zweite Unterschiede in der gruppenspezifischen Bewertung dieser Charakteristika aufgreift. Je nach Kontext wird dieses zweite Element dabei möglicherweise als Indikator für die Diskriminierung einer der beiden Gruppen interpretiert. Der Beitrag einzelner Charakteristika, beispielsweise von Ausbildungsvariablen oder der vorliegenden Arbeitsmarkterfahrung, zu diesem übergreifenden Diskriminierungsterm steht ebenfalls häufig im Zentrum des Interesses. Allerdings hängen bei kategorialen Regressoren die berechneten Ausprägungen dieser Einzelbeiträge von der konkreten Wahl der Identifikationsrestriktionen ab, die die Schätzung der entsprechenden Lohngleichungen erst ermöglichen. In vielen Fällen bietet sich keine der erfaßten Kategorien als „natürliche“ Basiskategorie an, und die berechnete Aufteilung bleibt letztendlich willkürlich. Der Referent schlug eine alternative Identifikationsrestriktion vor, die sich auf eine hypothetische Basiskategorie bezieht. Diese wurde als gewichteter Durchschnitt aller Kategorien einschließlich der in der Regression ausgelassenen Basiskategorie definiert, wobei eine Gewichtung ebenfalls anhand desselben ausgewählten Referenzvektors für beide Gruppen erfolgte, und wies somit eine eindeutige ökonomisch plausible Interpretation auf. Diese Restriktion kann entweder direkt oder in einem zweistufigen Verfahren implementiert werden; die Berechnung der entsprechenden Standardfehler ist ebenfalls unproblematisch. In einem intertemporalen Zusammenhang läßt sich auf diese Weise nicht nur der Beitrag der unterschiedlichen Bewertung einzelner Charakteristika zu beobachteten Lohnunterschieden, sondern auch deren Änderung in Zeitlauf und somit ihr Beitrag zu allgemeiner Lohnkonvergenz in eindeutiger Weise erfassen. Diese Schlußfolgerungen wurden während des Vortrags mit einigen konkreten Anwendungsbeispielen erläutert.

Prof. Dr. H. Entorf, Universität Mannheim, sprach zum Thema „Ökonomische Faktoren der Kriminalitätsvermeidung: Erste kriminometrische Ergebnisse“. Der Vortrag ging von der traditionellen Becker-Ehrlich Abschreckungshypothese aus, die jedoch in einen aktuellen Kontext gestellt wurde. So wurden demographische Veränderungen, (Jugend-)Arbeitslosigkeit und divergierende Einkommensverläufe berücksichtigt. Für die ökonomische Analyse wurden Daten in Form eines Bundesländer-Panels verwendet. Diese Daten erlaubten z. B. die differenzierte Betrachtung dicht und dünn besiedelter Regionen sowie von ost- und westspezifischen Besonderheiten. Verfahren der statischen und dynamischen Panelökonomie / -kriminometrie bestätigten die Abschreckungshypothese für Eigentumsdelikte. Für Straftaten gegen Personen ergab sich nur eine schwache Bestätigung des Modells. Demographische Faktoren hatten einen deutlichen Einfluß auf die Kriminalitätsentwicklung. Jung und arbeitslos zu sein erhöhte die Wahrscheinlichkeit, kriminell zu werden.

Prof. M. Burda, PhD, Humboldt Universität, referierte zum Thema „Blue Laws“. Im Rahmen des Vortrags wurden die ökonomischen Auswirkungen von „Blue Laws“, d. h. von gesetzlichen Regelungen der Ladenschlußzeiten z. B. in Form von Sonntagsverkaufsverboten, erörtert. Als Begründung dieser Regelungen wird häufig angeführt, daß die dadurch ermöglichte Synchronisierung der Freizeit dem öffentlichen Interesse diene. Die Auswirkungen derartiger gesetzlicher Regelungen wurden

mit Hilfe eines allgemeinen Gleichgewichtsmodells untersucht. Eine empirische Analyse der wirtschaftlichen Auswirkungen der Ladenschlußgesetze in einem Panel von US-Bundesstaaten führte zu dem Schluß, daß die Effekte dieser Regelungen auf die Beschäftigung und die Gewinnspannen statistisch gesichert sind. Die Ergebnisse deuteten darauf hin, daß dieses nicht für Löhne, Produktivität und Wertschöpfungsanteile gilt.

Prof. Dr. *P. Stahlecker*, Universität Hamburg, sprach zum Thema „Finanzierungsbedingungen und Güterangebot. Einige theoretische und empirische Ergebnisse“. Zunächst wurde im Rahmen eines Modells von Greenwald und Stiglitz (1988) untersucht, wie Finanzierungsbedingungen bei Unsicherheit über den Absatzpreis in die Angebotsentscheidung eines Unternehmens eingehen. In diesem Ansatz spielte die Zielfunktion der Unternehmung für die Ergebnisse die ausschlaggebende Rolle. Dabei ist von Bedeutung, wie man den Verlustfall im Optimierungskalkül berücksichtigt. Hierzu wurden Alternativen und deren Konsequenzen diskutiert. Es folgte ein Ausblick auf Multiprodukt-Modelle mit unscharfen Preisinformationen sowie auf Möglichkeiten empirischer Tests.

Prof. Dr. *W. Pohlmeier*, Universität Konstanz, referierte über das Thema „Markt-Mikrostruktur und Intra-Tageshandel in LIFFE Bund Futures“. Im Rahmen des Vortrags wurden Ergebnisse einer empirischen Analyse von Transaktionsvolumina-, Transaktionspreis- und Transaktionszeitdaten für den Intra-Tageshandel in LIFFE (London International Financial Futures Exchange) Bund Futures erörtert. Der Vortrag ging von Verhaltenshypothesen aus, die sich aus theoretischen Beiträgen zur Markt-Mikrostruktur (Easley und O'Hara, 1992) ergeben. Für Preisveränderungsraten wurde ein „ordered probit“ Modell mit bedingter Heteroskedastie geschätzt. Die Ergebnisse bestätigten, daß die Zeit zwischen Transaktionen Information bezüglich der zu erwartenden Preisveränderung enthält und daß dies für Volumina in geringem Maße gilt. Die Saisonalität am Tage in den Preisdaten ist beträchtlich. Die bedingte Mittelfunktion ist über Tage relativ stabil. Die Varianzfunktion ist über Tage teils stabil.

Die nächste Sitzung des Ausschusses ist für den 24. - 26. 3. 1999 vorgesehen.

Prof. Dr. F. C. Palm, Maastricht

Ausschuß für Umwelt- und Ressourcenökonomie

Der Ausschuß tagte am 24. und 25. April 1998 in Freudenberg bei Siegen. Die Tagung war nicht thematisch abgegrenzt. Die folgenden acht Referate wurden gehalten:

- *A. Suchanek*: Überlegungen zu einer Konzeption normativer Umweltökonomik
Koreferat: J. Hackmann
- *D. Hecht*: Private und öffentliche Produktion von Wissen zum Schutz der Umwelt
Koreferat: H. G. Nutzinger
- *E. Feess*: CERCLA. Lender Liability and the Secured Creditor Exemption: An Argument Against Negligence Rules
Koreferat: T. Requate
- *G. Stephan*: Different Rates of Return and the Greenhouse Effect
Koreferat: W. Buchholz

ZWS 118 (1998) 2

- *R. Schwarze*: Ökonomische Analyse des Umwelthaftungsgesetzes
Koreferat: G. Kirchgässner
- *W. Pfaffenberger*: Die Auswirkungen der Veränderungen auf den Energiemärkten auf die Beschäftigung
Koreferat: F. Schneider
- *F. Stähler*: Kooperation in einem Extraktionsspiel um erschöpfbare Ressourcen
Koreferat: K. Conrad
- *P. Michaelis*: Selling the Greenpeace Car – On Competition Between Firms and Non-Profit-Organisations in Differentiated Markets
Koreferat: R. Pethig

Außerdem berichtete als Gast Professor *J. Weimann* über die Arbeit des „Nationalen Komitees für Global Change“ bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Er sprach sich dafür aus, Organisationsstrukturen für die umweltökonomische Forschung zu schaffen, die sie zu einem besseren Ansprechpartner für die DFG machen könnten. Der Aufruf fand großes Interesse. Einzelne Mitglieder erklärten sich bereit, an ersten Abstimmungsgesprächen mit Vertretern der anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen teilzunehmen.

Es wurde vereinbart, daß die nächste Ausschußsitzung am 23. und 24. April 1999 in Innsbruck stattfinden soll.

Prof. Dr. Dieter Cansier, Tübingen